

Stellungnahme der Delegierten des CSV Zentrumbezirks zum Bericht „Perspektiven für eine moderne und lebendige Volkspartei – Reformpisten für die CSV“

Im, von der Parteileitung der CSV beauftragten Bericht, haben Marc Thewes und Marc Glesener eine Reihe von Reformpisten aufgezeigt um eine Verbesserung der Strukturen, der programmatischen Inhalte und internen Prozeduren der Partei zu ermöglichen. Dieser Bericht wurde integral auf der Internetseite der Partei veröffentlicht. Alle Mitglieder sind somit eingeladen über das eigens dafür eingerichtete Forum ihre Gedanken und Kommentare zu dem Bericht und den vorgeschlagenen Pisten zu äußern. Der Bezirk Zentrum begrüßt diese offene Prozedur und will darüber hinaus einige Gedanken und Vorschläge in die Diskussion einfließen lassen.

Inhalte und Programm

Der Bezirk Zentrum unterstützt die Forderung einer Überarbeitung des **Grundsatzprogramms** um erreichte Ziele hervorzuheben aber auch neue Themen aufzugreifen respektive bestehende Ziele anhand des politischen Umfelds zu überprüfen. Er regt an, dass eine solche Überarbeitung in regelmäßigen Abständen durchgeführt wird und dies im Sinne einer Anpassung an die aktuelle politische Situation und nicht um die Grundwerte der Partei in Frage zu stellen.

Aus dem Bericht und den Reaktionen der Mitglieder geht hervor dass zusätzlich zu dem ausformulierten Grundsatzprogramm, welches auch weiterhin eine wichtige Orientierung in der politischen Arbeit darstellen muss, eine kürzere griffige Fassung für die Außendarstellung benötigt wird. Unsere Grundwerte müssen klar und einfach vermittelt werden können damit wir uns von den Positionen anderer Parteien der politischen Mitte unterscheiden können.

Der Bezirk Zentrum spricht sich für einen Themenkongress zum Anstoß der erwähnten Revision des Grundsatzprogramms aus. Hier könnten die Themenbereiche herausgearbeitet werden, welche einer Aktualisierung aus Sicht der Mitglieder bedürfen. In einer einzusetzenden Arbeitsgruppe müssen redaktionelle Arbeiten durchgeführt und anschließend eine neue Version des Grundsatzprogramms von einem Nationalkongress verabschiedet werden.

Strukturen und interne Prozeduren

Der Bezirk Zentrum begrüßt die Forderung nach einem verstärkten Einbinden der Mitglieder in die Entscheidungsprozesse. Nur durch ein solches Einbinden kann eine Volkspartei auch von dem Multiplikationsfaktor seiner Mitglieder profitieren. Es kann aber nur dann gelingen wenn die Strukturen und parteiinternen Prozeduren dies auch ermöglichen.

Der Bezirk Zentrum befürwortet **Expertengruppen und Themenkongressen** und sieht sie als ideale Einstiegsmöglichkeiten für neue Mitglieder, die sich unabhängig von ihrer Sektionszugehörigkeit mit ihrem persönlichen Fachwissen und ihrer Erfahrung in den Dienst der politischen Arbeit der Partei stellen wollen. Eine breite Meinungsbildung setzt eine aktive Mitarbeit aller Teilnehmer voraus und bedingt auch die Teilnahme von Mandatsträgern, welche sich mit den besagten Themen beschäftigen. Die Mitarbeit von Mandatsträgern in den Fachgremien ist unabdingbar damit die erstellten Papiere auch in die Arbeiten der Entscheidungsträger in Gemeinden, Parlament und gegebenenfalls Regierung einfließen können. In diesen Fachgruppen muss die Möglichkeit geschaffen werden, offen zu diskutieren und Arbeitspapiere zu erarbeiten. Letztere bedürfen selbstverständlich einer Verabschiedung durch den Nationalrat oder den Nationalkongress.

Die Trennung zwischen Themenkongress und Wahlkongress zur Verabschiedung politischer Positionen muss klar ersichtlich sein. Der Zentrumsbezirk fordert demnach dass die Fachgremien in den Statuten aufgenommen werden und die Prozeduren zur Verabschiedung der von ihnen stammenden Papiere klar definiert werden.

Im Sinne einer stärkeren Beteiligung der Mitglieder an den Wahlkongressen schlägt der Bezirk Zentrum vor, dass alle **Bezirksdelegierten** automatisch auch an Nationalkongressen wahlberechtigt sind. Der Schlüssel nach dem die Anzahl der Delegierten bestimmt wird, soll in einer ersten Phase dem bestehenden Schlüssel zur Bestimmung der Bezirksdelegierten entsprechen.

Die Parteistatuten sehen einige Automatismen für die Besetzung von Gremien vor oder verlangen bestimmte politische Mandate als Voraussetzung zur Aufnahme in verschiedene Gremien. Hier spricht sich der Bezirk Zentrum für mehrere Anpassungen aus:

- Der Bezirk schlägt die Schaffung eines neuen Gremiums vor, welches sich aus dem **Nationalkomitee und der Fraktion** zusammensetzt, kurzfristig aufgrund der politischen Aktualität einberufen werden kann und politisch bindende Entscheidungen im Namen der Partei treffen kann. Ist dieses Gremium statutarisch eingesetzt, spricht sich der Bezirk Zentrum dafür aus, dass die zwei Vertreter aus den jeweiligen Bezirken im Nationalkomitee kein Abgeordnetenmandat haben sollen. An den Bezirkskongressen sollen paritätisch je eine Frau und ein Mann als Vertreter des Bezirks im Nationalkomitee gewählt werden.
- Der Bezirk Zentrum fordert dass, innerhalb der **Parteiexecutive**, die Rollen des Parteipräsidenten, der Vizepräsidenten und des Generalsekretärs klar definiert und statutarisch festgelegt werden. Insbesondere bei der Bestimmung der Kandidaten für die Ämter der Vizepräsidenten soll von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden Mitglieder ohne nationale politische Mandate bekannt zu machen respektive auf deren Erfahrung zurückgreifen zu können.
- Der Bezirk Zentrum würde zudem das Einsetzen eines hauptamtlichen **Managers**, um die administrativen Geschicke der Partei zu leiten, begrüßen. Die betreffende Person soll kein politisches Mandat bekleiden.
- In Bezug auf das Aufstellen von **Kandidatenlisten**, unterstützt der Bezirk ausdrücklich den Vorschlag der Autoren nach einer ständigen Kommission zur Auswahl von erfolgsversprechenden Kandidaten. Weiterhin sollen aber 3/4 der Kandidaten durch die Bezirkskomitees per Wahl bestimmt werden. Die endgültige Kandidatenlisten werden wie bisher vom Kongress verabschiedet. Des Weiteren fordert der Bezirk eine klar definierte, in den Statuten festgehaltene, Prozedur zur Bestimmung des **nationalen Spitzenkandidaten**. Im Gegensatz zu den Kandidatenlisten muss diese Prozedur mindestens eineinhalb Jahre vor den Wahlen abgeschlossen sein, darf aber nicht im Laufe eines Jahres mit Kommunal- oder Europawahlen stattfinden. Eine ähnliche Prozedur soll zur Bestimmung der Spitzenkandidaten der Bezirke gelten.

Es gilt auch festzustellen, dass einerseits eine Vielzahl an Mitgliedern mehr Mitspracherecht einfordern andererseits die gewählten Mitglieder der Parteigremien sich nur bedingt an den Arbeiten respektive Sitzungen beteiligen. Der Bezirk will deshalb eine Diskussion anregen wie Gremienmitglieder zu einer **stärkeren Teilnahme an Sitzungen** und Arbeitsgruppen bewegt werden können.

Abschließend bedankt sich der Bezirk Zentrum bei den Autoren für das aufschlussreiche Dokument aber auch bei allen Mitgliedern für die Kommentare zu dem Prozess. Wir, als Bezirk Zentrum, sind überzeugt mit unseren Vorschlägen dazu beitragen zu können die Partei moderner und partizipativer aufzustellen und sind als Bezirk bereit unsere Verantwortung zu diesem Prozess zu tragen.